

## Die Industrie in der Uebergangswirtschaft.

Die Behandlung der industriellen Produktion regierungsseits während der Uebergangszeit nach dem Kriege, das heißt die Frage, inwieweit die staatliche Regulierung der Produktion nach Friedensschluß unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Interessen als zweckmäßig und gerechtfertigt zu erachten sein werde, wird innerhalb der industriellen Kreise mit zunehmender Aufmerksamkeit besprochen. Immer neue Stimmen von Ansehen und Geltung lassen sich vernehmen. Der Friede, wenn er kommen wird, soll die Faktoren, die dann an dem Aufbau der Volkswirtschaft maßgebend mitzuarbeiten heissen sind, nicht unvorbereitet finden. In bemerkenswerter Weise sprach sich über die Frage „Industrie und staatliche Beeinflussung“ in der vorgestern abgehaltenen Monatsversammlung des Industriellenklubs dessen Präsident Bergrat Max Ritter v. Gutz-

amann aus. Der Präsident bearückte die Ver-

sammlung mit einer Ansprache, in welcher er ausführte:

Einem Kaiserwort verdanken wir den Hoffnungsstimmer, dessen Abglanz unsre Weihnachtstage erfreute, und wenn auch die Feinde in ihrem Wahn vorläufig der Menschheit den Frieden verwehren, so sind wir uns doch der vollen Kraft bewußt, wirtschaftlich auszuhalten, bis wir durch militärische Siege den Frieden erzwungen haben.

Für alle Fälle sind rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen für den Uebergang zur Friedenswirtschaft. Groß sind die Schwierigkeiten, mit denen die Industrie beim Uebergang zu rechnen hat, aber wir werden diese Schwierigkeiten überwinden. Sichere Gewähr dafür bietet uns die ungeahnte Entfaltung von Produktions- und Konsumkräften, die sich im Kriege offenbarte. Auf allen Produktionsgebieten eine unendliche Vielfältigkeit des Anpassungsvermögens und eine vielfeits eminente Steigerungsfähigkeit der Erzeugung von Kriegsmaterial, die um so überraschender war, je schwieriger sich die Beschaffung von Rohstoffen, Arbeitskräften und Transportmitteln gestaltete. In allen Kreisen des Konsums eine bewunderungswürdige Opferwilligkeit sowohl in bezug auf das Ausmaß der Einschränkung als auch in bezug auf die Tragfähigkeit gegenüber der schwer lastenden Teuerung. All diese Kräfte werden sich auch im Frieden bewähren, jedoch unsres Erachtens wirksamer walten im Wege des freien Willens, mehr unter dem Zwange der Notwendigkeit, als unter dem Zwange des Gesetzes. Wir verhehlen uns keineswegs, daß Ausnahmiszustände Ausnahmsmaßregeln rechtfertigen. Wir anerkennen wohl, daß bei dem ersten Ansturm der Anforderung von Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Halbfabrikaten und Fabrikaten die Preisbildung derselben und noch mehr die Beschaffung der Valuta und des Schiffsraumes und vielleicht auch die Zuteilung des Imports festgefügte Organisationen erfordern werden unter Heranziehung der staatlichen Autorität, doch muß hierbei die freie individuelle Betätigung entsprechend gewahrt werden. Unbedingt muß jede Drosselung der Produktion vermieden werden, denn die intensivste Steigerung der Produktion auf allen Gebieten, in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe, ist eine *conditio sine qua non* sowohl für die Bewältigung der die Kosten des Staats Haushaltes zu deckenden Steuerlast, als auch für die Förderung des Exports und die Einschränkung des Imports. Der Import sowie der Export lassen sich nicht durch gewaltsame Maßnahmen regeln, ohne unberechenbare Störungen im Wirtschaftsleben hervorzurufen.

Sollte jedoch trotzdem als äußerstes Mittel zur Anwendung von Einfuhrverboten geschritten werden, so fragt es sich immerhin, ob die Durchführung derselben nicht einigermaßen erschwert werden dürfte durch die als Friedensbedingung anzustrebende Sicherung des gegenseitigen freien Verkehrs, denn eine Hauptbedingung des Friedens ist die Freiheit des Weltverkehrs.

Vor allem sind jedoch als Vorbedingung für die Bereitschaft unsrer Friedensarbeit zunächst jene brennenden Fragen zu ordnen, die im Innern des Reiches ihrer Lösung harren: der Ausgleich mit Ungarn, die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland, die künftige Stellung Galiziens im Staate. Einmütig ist das Bestreben, das engpolitische Bündnis mit Deutschland, das durch die Waffenbrüderschaft die Weihe der Untertrennlichkeit empfangen, auch auf das Wirtschaftsgebiet zu übertragen. Im Widerstreit der Meinungen über Form und Ausmaß der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland scheinen die zu allererst vom Industriellen Klub aufgestellten Grundsätze immer mehr Raum zu gewinnen: gegenseitige Gewährung von Vorzugszöllen, die niedriger sein müssen, als die andern Staaten auch auf Grund einer allfälligen Meistbegünstigung einzuräumenden Zölle. Ich verweise diesbezüglich auf die am 11. Mai 1915 gefaßten Beschlüsse des Industriellen Klubs. Ferner stelle ich fest, daß seitdem immer allgemeiner die Forderung aufgestellt wird, der Bildung einer gemeinsamen handelspolitischen Front mit Deutschland gegenüber dritten Staaten, wobei gedacht ist an Verhandlungen, die gemeinsam und im gegenseitigen Einvernehmen geführt werden, und an Verträge, die mit identischen Anfangs- und Endterminen abgeschlossen werden. Betreffend den Ausgleich mit Ungarn verweise ich auf die an die Regierung gerichtete gemeinsame Eingabe der drei

zentralen Organisationen, in der die vom Industriellen Klub beschlossenen Leitätze zur Einhaltung empfohlen wurden. Was Galizien anlangt, liegt die politische Seite der Frage außerhalb des Rahmens unsrer Verhandlungen. Wir betrachten es für selbstverständlich, daß die künftige Stellung Galiziens die dauernde Einheit der Wirtschaftsgebiete in keiner Weise gefährdet. Wir fordern dies nicht nur als Industrielle, sondern als gute Oesterreicher, denen die unbedingte und volle Interessengemeinschaft aller Völker, welche das mächtig einigende Band der dynastischen Treue unlösbar umschließt, über alles am Herzen liegt.

Die gegenwärtige Regierung wird vor Aufgaben gestellt, welche auf Dezentennien hinaus schicksalentscheidend sind für das Wirtschaftsleben unsrer Monarchie. Möge unsre Regierung nach richtiger Erkenntnis der dem Volks- und Reichswohl dienenden Ziele an demselben unerrückbar festhalten und ihre Erreichung nach innen und außen mit starker Hand durchsetzen. Möge das Parlament aus dem Gewirr politischer und nationaler Gegensätze einlenken zur einmütigen produktiven Arbeit. Das ist unser Wunsch.